

Rüdiger Klasen
Wittenburgerstr.10
19243 Püttelkow

23.08.2014

Generalstaatsanwaltschaft Rostock
Patriotischer Weg 120 a
18057 Rostock

Betrifft: 2. ERINNERUNG zum von der Staatsanwaltschaft Schwerin **IGNORIERTEN** Strafantrag und Strafanzeige nach nationalen und internationalem Recht und sofortige Fachaufsichtsbeschwerde vom **18.06.2014 und 28.06.2014**

gegen Richter Herr Diekmann und der Richterin Frau Brenne vom
Amtsgericht Schwerin und am Verfahren beteiligte Staatsanwälte von der Staatsanwaltschaft Schwerin

wegen

Grundrechteverletzung durch benannten Beschluß **Beschluß vom Amtsgericht Schwerin vom 27.11.2013**
***Erzwingungshaft* mit Zeichen 35 OWi 666/13**
In Sachen Stadt Schwerin ./ . Rüdiger Klasen
Und die Aufforderung der Staatsanwaltschaft Schwerin - Rechtspflegerin Frau Zahnow „1 Tag
Erzwingungshaft“ vom 10.06.2014 AZ: 152 Js 11441/14 OWi E

durch komplexe, offenkundige Straftaten gemäß und Verweis auf meinen Strafantrag und Strafanzeige vom
18.06.2014 - Nachforderung Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen

Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich bitte um Eingangsbestätigung zur o.g. Strafantrag und Strafanzeige. Diese ist bis heute NICHT bei mir
eingegangen!

Zu 1 Es wird festgestellt:

Ich wurde mittlerweile von Frau Zahnow genötigt die 25 € Schutzgeld zu bezahlen- da mittels bewaffneter
Privatpolizei Macht vor Recht angedroht c/o. praktiziert wird. Es herrscht offenkundig in Deutschland bereits
völlige Anarchie vergleichbar wie in der Ukraine, was durch Sie aufzuklären ist. Ich als Bürger bin an in
meiner persönlichen Sicherheit - Leib und Leben durch die illegal NS- basierte Willkürjustiz und
Behördenwillkür wie Handlungen der befangenen, privatisierten Staatsanwaltschaft Schwerin akut bedroht-
was hiermit ebenfalls zur Strafanzeige und Strafantrag gebracht wird!

Darum erweiterte ich o.g. Strafantrag und Strafanzeige vom 18.06.2014 um Nötigung § 240 StGB und
Erpressung § 253 StGB.

ERKLÄRUNG - FORDERUNG:

Aus genannten Gründen fordere ich hiermit ausdrücklich das widerrechtlich erpresste und erzwungen Geld
25Euro von Frau Zahnow und dem Zahlungsempfänger- die privatisierte Firma *Landeshauptstadt Schwerin*
zzgl. Basisverzinsung zurück! Ich erwarte umgehende Rückzahlung auf meine Bankverbindung:

Rüdiger Klasen
Sparda Bank e. G. Südstorman - Mölln
BLZ: 20690500
Kontonummer: 983865

Dies ist durch ihre Behörde Generalstaatsanwaltschaft Rostock
umgehend zu veranlassen.

Zu 2 Es wird festgestellt:

In diesen Zusammenhang wird wiederholt angezeigt: die strafbewehrt illegale, hinterlistige Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler verbotener Staatlosigkeit durch den geheimen Staatsstreich am 8.12.2010: offenkundige STAATENLOSIGKEIT durch den geheimen Staatsstreich am 8. 12. 2010, Urkundenfälschung im STAG- Gesetz, Bruch der verfassungsmäßigen Grundordnung, Verstoß gegen das Militär Grundgesetz, Bruch/ Beseitigung der freiheitlich demokratische Grundordnung.

Darüber hinaus Meineid des Gesetzgebers = aller Bundestagsabgeordneten/ Kandidaten durch Vortäuschung falscher Tatsache die *deutsche Staatsangehörigkeit* zu besitzen: gem. Wahlgesetz erklären betrügerisch alle Kandidaten aller BRD- Parteien an Eides statt, dass sie die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ besitzen.

Wie bereits in der betr. Strafantrag und Strafanzeige aufgeführt liegt offenkundig Verstoß gegen das aktuell gültige SHAEF / SMAD vor, was auch durch die BRD- Strafverfolgungsbehörden zu ermitteln und dann vor einen einzurichtenden alliierten Besatzungsgericht/ Militärgericht zu verhandeln ist und hiermit ausdrücklich beantragt und eingefordert wird!

Dazu wiederholt komplexe Erläuterung zum besseren Verständnis:

Die Bundesrepublik Deutschland führt bis heute die Nazi-Kolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler ungehindert weiter. (R = STAG: unmittelbare Reichsangehörigkeit = Deutsche Staatsangehörigkeit = Kolonieangehörigkeit aus den ehem. Deutschen Schutzgebieten- Verweis Zeitzeugen- Staatsrechtler wie Dr. jur. Herbert Hauschild, Hermann Weck, Dr. Walter Schätzel, Dr. Bernhard Lösener, G. Zeidler)

Die NS- Gleichschaltungskolonie *Bundesrepublik Deutschland* überlagert bis heute den deutschen Heimatstaat *Deutschland*.

Die Verordnung vom 05.02.1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit ist mit der militärischen Kapitulation des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.

Auch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler wurde 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt und wird bis heute in Deutschland angewendet.

(sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Wiederruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBl 28. Juli 1933, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBl 05.2.1934, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH* von 1934)Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Nach dem Waffenstillstand 1945 wurde ab 1949 die geistige Besetzung angewendet.

Nazi- Gesetze und die deutsche Zwangs- Staatsangehörigkeit vom 5.02.1934 sind durch geistige Okkupation im Verborgenen geblieben.

Durch heimtückische Falschinformationen und täuschende Anwendung von Nazi - Gesetzen hat sich dieser Zustand in den Köpfen der Menschen bis heute normalisiert.

Die deutschen Bundesbürger glauben durch die NS- Glaubhaftmachung "DEUTSCH" von 1934 an die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934.

Der geheime Staatsstreich

Am 8.12.2010 sind mit einem geheimen Staatsstreich der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet. Am 08.12.2010 wurde die unmittelbare Reichsangehörigkeit (= unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit) beseitigt. 1934 R=STAG / 1934 R = STAG 1913 (2010) (Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959)

Durch diesen Vorgang wurde jeder Bundesbürger mit der deutschen Staatsangehörigkeit und der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* seit dem 08.12.2010 staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

(Verweis unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Der Unionsbürger v. Christoph Schönberger)

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit v. 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934 künstlich am Leben.

Durch die Streichung der Reichangehörigkeit im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) wurde das bundesdeutsche Personal STAATLOS gemacht.
Das ab 1934 von Adolf Hitler gleichgeschaltete *DEUTSCHE VOLK* wurde vollständig entrechtet und entmachtet.
(Status Vogelfrei)

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 künstlich am Leben. Die Bundesrepublik Deutschland und alle Ihre Organe haben durch Staatlosigkeit ihre Legitimation verloren und sind juristisch GESCHÄFTSUNFÄHIG. Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch gebrochen und nichtig.

Dieser Zustand wird auch aufgrund bereits wiederholter Beschlüsse zur Staatenlosigkeit von BRD- Gerichten untermauert.

Verweis auf die den Behörden als auch Ihrer Behörde vorliegenden aktuellen Staatenlos- Beschlüsse:

K1 Amtsgericht Goslar
K2 Amtsgericht Langen (Hessen)
K3 Amtsgericht Vechta

Zu 3 Es wird festgestellt:

Darüber hinaus Beseitigung der verfassungsmäßigen Grundordnung der nicht souveränen BRD durch vollständige illegale Privatisierung aller ehemals staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland wie das Landeshauptstadt Schwerin und das Landgericht Schwerin als eingetragenen Firmen – DUNS Register:

Verweis UPIC.de und weitere.

Dazu kommt das ALLE im Verfahren involvierten Behörden/ Justizbehörden durch PRIVATISIERUNG NICHT mehr die Voraussetzungen nach dem BGB bzgl. eines staatlichen Amtes erfüllt.

Privatisierte BRD- Behörde: U. a. fehlende Unterschriften auf vorgeblich amtliche Schreiben der Behörde, fehlende Amtsbezeichnungen, Amtsausweise, amtliche Stempel und Siegel.

Aus genannten Gründen wird hiermit Täuschung im Rechtsverkehr angezeigt. (Verweis Bereinigungsgesetze)

Zur Beweisfindung wird gefordert: Zeugnis von Amtswegen durch in Augenscheinnahme BGBl I II und III. Dazu aller betr. u.a. in diesen Schriftsatz aufgeführten Gesetze und Rechtsgrundlagen!

Zu 4 Es wird festgestellt:

ICH BIN DIREKT GESCHÄDIGTE PERSON, weil auch mich diese nicht legitimierten Behörden und deren Befehlsempfänger schikanieren, existenziell und an Leib und Leben akut bedrohen und gefährden. Siehe die geschilderte Erpressung und Nötigung um die 25€ für die nicht legitimierte private Firma *Landeshauptstadt Schwerin. Offene Rechtsbrüche und Grundrechteverletzungen u.a. mir gegenüber sind dadurch begründet Alltag in der Bundesrepublik!

Desweiteren erleide ich wie viele andere Bürger durch das Fehlverhalten der nicht legitimierten BRD- Behörden unmittelbaren materiellen, körperlichen und seelischen Schaden wie:

Erpressung und Nötigung wegen Geld- Schutzgelderpressung hinter der OWi- Täuschung wie im genannten Fall, weiterhin Vergiftung der Nahrungsmittel, des Wassers, Lebengrundlagen, komplexe Umweltzerstörung, Auflösung der gesellschaftlichen Strukturen, Verfassungsbruch, Urkundenfälschung im STAG- Gesetz, Bruch der verfassungsmäßigen Grundordnung, Verstoß gegen das Militär Grundgesetz, Bruch/ Beseitigung der

freiheitlich demokratische Grundordnung, Meineid, SHAEF- Verstoß etc. pp.) Das sind auch unmittelbare Eingriffe gegen die Grundrechte der Bürger!

Da hochgradiges öffentliches Interesse besteht ist das Ermittlungsverfahren unabhängig einer Privatklage zu führen!

Allen Anträgen und Forderungen ist auch gemäß VOLL GÜLTIGEN SHAEF – SMAD durch die betreffenden, genannten Justizorgane nachzukommen.

Es wird die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der offenkundigen Straftaten und aller betreffenden, in den Schriftsatz genannten Straftäter beantragt und gefordert. Die geforderten notwendigen Maßnahmen sind durch die Strafverfolgungsbehörden einzuleiten und alle zuständigen Behörden auf dem Dienstweg einzuschalten.

Zu 5 Es wird festgestellt:

**Wie bereits WIEDERHOLT angeführt: Auf Grund offenkundigen Verstoß gegen gültiges alliiertes SHAEF und SMAD, illegalen heimtückischen Privatisierung der BRD- Justiz, der in Staatlosigkeit der BRD vortäuschende Besitz der *Deutschen Staatsangehörigkeit* von 1934 - Adolf Hitler, der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 - Adolf Hitler auf den BRD- Ausweisen und damit der offenkundigen Befangenheit Staatsanwaltschaft Schwerin ist das betr. Verfahren zwecks Klärung umgehend an die zuständige alliierte Hohe Hand auf dem Dienstweg/ Amtsweg abzugeben, und zur Klärung die Einrichtung eines Besatzungsgerichtes / Militärgerichtes zu beantragen. (Verweis GG139)
Das gilt auch zur Klärung der Straftatbestände - weil diese Tatbestände das voll gültige SHAEF/ SMAD berühren und die Justiz von *Mecklenburg- Vorpommern* ebenfalls durch die einzelnen, angezeigten Punkte in sich befangen und betroffen ist.**

Weil durch mich angezeigt und nachgewiesen offenkundig eine erhebliche Störung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, Verstöße gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung WRV 1919, sowie ein komplexer Angriff seitens angezeigter Personenkreise und genannte Einrichtungen auf die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt, ist das zuständige Bundesverfassungsgericht als oberste Hüterin des Grundgesetzes in das Verfahren einzubinden und auch durch Ihre Behörde umgehend anzurufen und in das Verfahren einzubinden. Das betrifft alle zuständigen Dienststellen – auch die Organe der Hohen Hand laut u. g. Verteiler.

Der Vorgang ist daher an die Dienstvorgesetzte Stelle zwecke sach- fachgerechte dezidierte Bearbeitung und Abhilfe zu übergeben.

Es besteht öffentliches Interesse im gesamten Vorgang. Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren künftigen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin.

Ich bitte um unterzeichnete Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen Ihrer Behörde.

Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen

Beweis- Anlagen liegen den Behörden vor:

Kopie **Aufforderung der Staatsanwaltschaft Schwerin -Rechtspflegerin Frau Zahnow „1 Tag Erzwingungshaft“ vom 10.06.2014 AZ: 152 Js 11441/14 OWi E**

UPIC.de Auszug zur Firma Landgericht Schwerin

UPIC.de Auszug zur Firma Justizministerium Mecklenburg- Vorpommern

ZEUGEN:

Herr Helmut Buschujew

PF 1128

19281 Ludwigslust

Herr Rolf Reipöhler

Alter Landweg 42

25795 Weddingstedt

Die Rechtspflegerin Frau Zahnow von der Staatsanwaltschaft Schwerin

Verteiler:

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern

Puschkinstraße 19-21

19055 Schwerin

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Mohrenstraße 37

10117 Berlin

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Herr Harald Range

Brauerstraße 30

76135 Karlsruhe

Gemäß gültigen SHAEF SMAD = Artikel 139 Grundgesetz pflichtgemäß an die zuständige alliierte Hohe Hand:

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Botschaft der Russischen Föderation

Vladimir Grinin

Unter den Linden 63 – 65

10117 Berlin

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Generalstaatsanwalt der russischen Föderation

Haupt Militär Staatsanwalt

per. Holsunowa 14

119160 Moskau

Russische Föderation

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Außenministerium der Russischen Föderation

Ploschad Smolenskaja Sennaja 32/34

12002 Moskau

Russische Föderation